

Beschlussprotokoll gemäß § 96 der Geschäftsordnung

**der 52. Sitzung des Landtages Brandenburg
am Donnerstag, dem 16. November 2017**

Der Landtag hat die Tagesordnung einstimmig beschlossen.

TOP 1 - Aktuelle Stunde

Thema:

Die künftige Bundesregierung muss ostdeutsche Interessen berücksichtigen!

Antrag der SPD-Fraktion

Drucksache 6/7584

vom 07.11.2017

Die Aktuelle Stunde wurde durchgeführt.

TOP 2 - Fragestunde

Drucksache 6/7597

vom 10.11.2017

Die Fragestunde hat stattgefunden. Die Mündlichen Anfragen 1076 und 1083 bis 1093 wurden durch die Landesregierung schriftlich beantwortet.

TOP 3 - Hochschulrahmenvereinbarung Brandenburg - Wissenschaft und Forschung brauchen gute Rahmenbedingungen und langfristige Planungssicherheit

Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE

Drucksache 6/7577

vom 07.11.2017

Der Landtag nahm den Antrag an.

TOP 4 - Stand der Umsetzung des Landtagsbeschlusses „Humanitäre Hilfe für besonders schutzbedürftige Yezidinnen und Yeziden des Irak“ vom 16.12.2016 (Drs. 6/5583[2. ND]-B) entsprechend des Landtagsbeschlusses „Verbrechen gegen die Menschlichkeit an Yezidinnen und Yeziden sowie anderen Minderheiten im Nordirak wirksam verhindern und ahnden“ vom 17.05.2017 (Drs. 6/6565[ND]-B)

Bericht der Landesregierung

Drucksache 6/7562

vom 27.10.2017

Der Landtag nahm den Bericht der Landesregierung zur Kenntnis.

Entschließungsantrag

der SPD-Fraktion, der Fraktion DIE LINKE und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 6/7610

vom 14.11.2017

Der Landtag nahm den Entschließungsantrag an.

TOP 5 - Gesetz zur Aufhebung des Gesetzes zur Regelung der Amtszeiten der Landrätinnen und Landräte vor den allgemeinen Kommunalwahlen im Jahr 2019

Gesetzentwurf der CDU-Fraktion sowie der Abgeordneten Christoph Schulze (fraktionslos), Iris Schülzke (fraktionslos) und Péter Vida (fraktionslos)

Drucksache 6/7569, Neudruck

vom 02.11.2017

2. Lesung

***Beschlussempfehlung und Bericht des Ausschusses
für Inneres und Kommunales***

Drucksache 6/7621

vom 15.11.2017

Der Landtag verabschiedete das Gesetz.

TOP 6 - Gesetz zu dem Staatsvertrag über die Errichtung eines Gemeinsamen Kompetenz- und Dienstleistungszentrums der Polizeien der Länder Berlin, Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen auf dem Gebiet der polizeilichen Telekommunikationsüberwachung als rechtsfähige Anstalt öffentlichen Rechts

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 6/7366

vom 14.09.2017

2. Lesung

Beschlussempfehlung und Bericht des Hauptausschusses
Drucksache 6/7612
vom 14.11.2017

Der Landtag verabschiedete das Gesetz.

Entschließungsantrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 6/7609
vom 14.11.2017

Der Landtag lehnte den Entschließungsantrag ab.

**TOP 7 - Gesetz zu dem Abkommen über die Errichtung und Finanzierung der
Akademie für öffentliches Gesundheitswesen in Düsseldorf**
Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 6/7367
vom 13.09.2017
2. Lesung

Beschlussempfehlung und Bericht des Hauptausschusses
Drucksache 6/7613
vom 14.11.2017

Der Landtag verabschiedete das Gesetz.

TOP 8 - Wachstumschancen für das ganze Land Brandenburg nutzen
(gemäß Beschluss des Landtages vom 28.09.2016 - Drs. 6/5112-B)
Bericht der Landesregierung
Drucksache 6/7458
vom 02.10.2017

Der Landtag nahm den Bericht der Landesregierung zur Kenntnis.

TOP 9 - Ausbau Dualer Studienangebote im Land Brandenburg
Bericht der Landesregierung
Drucksache 6/7563
vom 27.10.2017

Der Landtag nahm den Bericht der Landesregierung zur Kenntnis.

TOP 10 - Bundesratsinitiative zur Ausweitung des § 60 a Abs. 2 Satz 4 des Aufenthaltsgesetzes auf Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Bildungsgangs BFS-G-Plus

Antrag der SPD-Fraktion, der Fraktion DIE LINKE und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 6/7576, Neudruck
vom 07.11.2017

Der Landtag nahm den Antrag an.

TOP 11 - Faire Unterkunftsgebühren für geflüchtete Menschen in Gemeinschaftsunterkünften

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 6/7578
vom 07.11.2017

Der Antrag wurde an den Ausschuss für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie überwiesen.

TOP 12 - 30 Jahre nach der friedlichen Revolution: SED-Unrechtsbereinigungsgesetze novellieren, um die soziale Lage ehemals politisch Verfolgter der SBZ/DDR zu verbessern

Antrag der der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion DIE LINKE und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 6/7585
vom 07.11.2017

Der Landtag nahm den Antrag an.

TOP 13 - Stand der Umsetzung des Landtagsbeschlusses „Rückwanderung ehemaliger Brandenburgerinnen und Brandenburger unterstützen, Rückkehrinitiativen fördern und begleiten!“

(gemäß Beschluss des Landtages vom 18.05.2017 - Drs. 6/6582-B)

Bericht der Landesregierung

Drucksache 6/7523
vom 18.10.2017

Der Landtag nahm den Bericht der Landesregierung zur Kenntnis.

Britta Stark
Die Präsidentin

Anlagen

zum Beschlussprotokoll 6/52

gemäß § 96 der Geschäftsordnung

der 52. Sitzung des Landtages Brandenburg

Beschluss des Landtages Brandenburg

Hochschulrahmenvereinbarung Brandenburg - Wissenschaft und Forschung brauchen gute Rahmenbedingungen und langfristige Planungssicherheit

Der Landtag Brandenburg hat in seiner 52. Sitzung am 16. November 2017 zum TOP 3 folgenden Beschluss gefasst:

„Der Landtag stellt fest:

Wissenschaft und Forschung sind der Motor der technologischen und wirtschaftlichen Entwicklung und bilden die Grundlage für den Fortschritt unserer Gesellschaft. Exzellente Rahmenbedingungen und langfristige Planungssicherheit bei den Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen tragen mit dazu bei, das Land Brandenburg für nachkommende Generationen zukunftssicher zu machen.

Eine Erfolgsgeschichte ist der zwischen dem Land Brandenburg und den Hochschulen des Landes Brandenburg vereinbarte Hochschulrahmenvertrag, der Ende des Jahres 2018 ausläuft. Das Fundament für eine zukunfts feste Ausrichtung der Hochschulen wurde mit der Hochschulentwicklungsplanung bis 2025 geschaffen. Die Stärkung der Hochschulen des Landes in ihrer Leistungsfähigkeit, Innovationskraft und Wettbewerbsfähigkeit im Bereich von Forschung und Entwicklung, Lehre und Studium, Nachwuchsförderung und Internationalisierung sowie des Wissens- und Technologietransfers bleiben zentrale Bausteine für die Entwicklung des Landes. Die Hochschulen und Forschungsinstitute mit über 10 000 Beschäftigten sind Innovationsmotor für die regionale Wirtschaft und tragen maßgeblich zur Sicherung, Stärkung und Weiterentwicklung des Wirtschaftsstandortes Brandenburg bei. Aber auch in gesellschaftspolitischen Debatten kommt den Brandenburger Hochschulen eine zentrale Rolle zu. Sie sind Orte, in denen gesellschaftliche Verhältnisse analysiert, Prozesse initiiert, wissenschaftlich begleitet und Lösungsvorschläge für regionale und landesweite Problemstellungen entwickelt werden.

Der Landtag beschließt:

- I. Der Landtag begrüßt das durch die Wissenschaftsministerinnen und -minister der fünf ostdeutschen Flächenländer vorgestellte Positionspapier ‚Für eine sichere und leistungsgerechte Hochschulfinanzierung‘ für die ostdeutschen Hochschulen nach dem Ende des Hochschulpakts von

Bund und Ländern im Jahr 2020: Gemeinsam wollen sie sich dafür einsetzen, dass eine Beteiligung des Bundes an der deutschlandweiten Sicherung guter Studienbedingungen ab 2020 planbar in einer Hochschulfinanzierungsvereinbarung verstetigt wird, dass der Bund auch über 2019 hinaus deutschlandweit Mittel für den Hochschulbau und die wissenschaftliche Infrastruktur sowie die Universitätsmedizin zur Verfügung stellt und dass die Forschungsfinanzierung so gestaltet wird, dass für Hochschulen und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen gleich gute Rahmenbedingungen in Ost- und Westdeutschland geschaffen werden.

- II. Der Landtag bekennt sich zu einer langfristigen Hochschulentwicklung. Dafür erachtet der Landtag eine Sicherheit bei der Finanz- und Personalplanung als dringend notwendig. Daher hält der Landtag Brandenburg die Hochschulrahmenvereinbarung und die Hochschulverträge über einen Zeitraum von fünf Jahren prinzipiell für ein geeignetes Instrument der Hochschulentwicklung.
- III. Vor diesem Hintergrund fordert der Landtag die Landesregierung auf,
 1. dem für Hochschulen zuständigen Ausschuss bis zum Ende des 1. Quartals 2018 über die Auswertung der einzelnen Berichte der Hochschulen zu ihren jeweiligen Hochschulverträgen zu berichten,
 2. dem Landtag bis zum Ende des 1. Quartals 2018 den Entwurf einer Rahmenvereinbarung mit den Hochschulen für den Zeitraum von 2019 bis 2023 vorzulegen und dabei insbesondere folgende Punkte zu berücksichtigen:
 - a) Die Grundmittel zur Hochschulfinanzierung sollen die brandenburgischen Hochschulen nachhaltig in die Lage versetzen, mit ihrer Lehre und Forschung den deutlich gewachsenen Anforderungen aus Wirtschaft und Gesellschaft gerecht zu werden und sich bei der Grundfinanzierung langfristig dem vergleichbaren Niveau der Bundesländer anzugleichen,
 - b) entsprechend der gestiegenen Bedarfe des Landes Brandenburg die universitäre Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern qualitativ weiterzuentwickeln, zu verstärken und finanziell abzusichern,
 - c) geeignete Maßnahmen, um die Attraktivität des Studiums in Brandenburg zu erhöhen, die Studierendenzahlen zu stabilisieren und die Abbruchquoten zu senken,
 - d) hochschulpolitische Schwerpunkte wie Internationalisierung und Mobilität, weitere Öffnung der Hochschulen, Verbesserung der Durchlässigkeit zwischen Fachhochschulen und

Universitäten, gute Arbeit für alle an den Hochschulen Beschäftigten, Frauenförderung, Wissens- und Technologietransfer mit Unterstützung der Präsenzstellen Brandenburger Hochschulen, Verbesserung des sozialen Umfeldes des Studiums sowie der Situation für Studierende mit Kind und mit Behinderungen,

3. sich auf Bundesebene auch künftig aktiv in die Verhandlungen zur Nachfolge des Hochschulpaktes 2020 zwischen Bund und Ländern einzubringen, um auch weiterhin eine Beteiligung des Bundes an den Kosten für qualitativ hochwertige Lehre zu erreichen.“

Britta Stark
Die Präsidentin

Beschluss des Landtages Brandenburg

**Stand der Umsetzung des Landtagsbeschlusses
„Humanitäre Hilfe für besonders schutzbedürftige Yezidinnen und Yeziden
des Irak“ vom 16.12.2016 (Drs. 6/5583[2. ND]-B) entsprechend
des Landtagsbeschlusses „Verbrechen gegen die Menschlichkeit
an Yezidinnen und Yeziden sowie anderen Minderheiten im Nordirak
wirksam verhindern und ahnden“ vom 17.05.2017 (Drs. 6/6565[ND]-B)**

Der Landtag Brandenburg hat in seiner 52. Sitzung am 16. November 2017 zum TOP 4 folgenden Beschluss gefasst:

„Worten müssen Taten folgen - Landtagsbeschluss ,Humanitäre Hilfe für besonders schutzbedürftige Yezidinnen und Yeziden des Irak‘ umsetzen

Der Landtag stellt fest, dass der Beschluss des Landtages ‚Humanitäre Hilfe für besonders schutzbedürftige Yezidinnen und Yeziden des Irak‘ vom 16. Dezember 2016 (Drucksache 6/5583[2.ND]-B) noch nicht umgesetzt ist, erkennt aber die im Bericht vom 27. Oktober 2017 (Drucksache 6/7562) geschilderten diesbezüglichen Bemühungen der Landesregierung vor dem Hintergrund der aktuellen sicherheitspolitischen Lage im Nordirak an.

Der Landtag hält deshalb das Vorgehen der Landesregierung, zunächst besonders schutzbedürftige Opfer von kriegsbezogener und sexualisierter Gewalt durch den sogenannten Islamischen Staat (IS) aufzunehmen, die sich bereits auf den griechischen Inseln befinden, für einen gangbaren Weg.

Die Landesregierung wird somit aufgefordert,

1. umgehend die Aufnahme von besonders schutzbedürftigen Opfern kriegsbezogener und sexualisierter Gewalt durch den sogenannten Islamischen Staat (IS), die sich bereits auf den griechischen Inseln befinden, zu realisieren,
2. die mindestens drei befristeten, über den Nachtragshaushalt zu finanzierenden Stellen umgehend auszuschreiben,
3. Richtlinien für eine Auswahl Betroffener vor Ort zu erarbeiten und den Ausschuss für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie regelmäßig über den Fortgang zu informieren,

4. umgehend die konzeptionelle Umsetzung und weitere finanzielle Ausgestaltung mit dem unter Nummer 3 genannten Personenkreis auszuarbeiten,
5. vor dem Hintergrund der beginnenden konzeptionellen und finanziellen Ausgestaltung mit den Kommunen Gespräche zur konkreten Vorbereitung der Aufnahme zu führen,
6. sich in Zusammenarbeit mit den betreffenden Kommunen und Krankenhäusern vor Ort einen Überblick über Möglichkeiten einer Traumabehandlung vor Ort zu verschaffen und diese bei Bedarf finanziell abzusichern.

Darüber hinaus erwartet der Landtag, dass die Landesregierung weiterhin

1. daran arbeitet, dass in Abhängigkeit von der dortigen Sicherheitslage auch eine Aufnahme von Opfern kriegerischer und sexueller Gewalt durch den IS direkt aus dem Nordirak angestrebt wird,
2. sich mit dem Bund und anderen Bundesländern zwecks eines gemeinsamen Aufnahmekontingents für Opfer kriegerischer und sexueller Gewalt ins Benehmen setzt und intensiv an einer Kooperation arbeitet.“

Britta Stark
Die Präsidentin

Beschluss des Landtages Brandenburg

Bundratsinitiative zur Ausweitung des § 60a Abs. 2 Satz 4 des Aufenthaltsgesetzes auf Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Bildungsgangs BFS-G-Plus

Der Landtag Brandenburg hat in seiner 52. Sitzung am 16. November 2017 zum TOP 10 folgenden Beschluss gefasst:

„Der Landtag stellt fest:

Sowohl das Land Brandenburg als auch die Kommunen haben in den vergangenen Jahren mit Erfolg die Herausforderungen, die mit Zuwanderung von Geflüchteten in unser Land entstanden sind, bewältigt. Die Integration von geflüchteten berufsschulpflichtigen Jugendlichen erfolgt zu einem wesentlichen Teil über den zweijährigen Bildungsgang der Berufsfachschule zum Erwerb beruflicher Grundbildung und von gleichgestellten Abschlüssen der Sekundarstufe I (BFS-G-Plus). Hier haben die Oberstufenzentren und deren Träger in den vergangenen Monaten eine hervorragende Arbeit geleistet. Brandenburg hat mit dem BFS-G-Plus ein bundesweit wegweisendes Angebot geschaffen. Der Unterricht beinhaltet unter anderem Spracherwerb, berufliche Orientierung, Praxislernen, Unterrichtsfächer wie Deutsch, Mathematik, Kommunikation sowie Wirtschafts- und Sozialkunde. Mit einem erfolgreichen Abschluss des Bildungsganges können die Jugendlichen einen der Berufsbildungsreife bzw. der erweiterten Berufsbildungsreife gleichgestellten Abschluss erwerben. In enger Abstimmung mit der Bundesagentur für Arbeit wird daraufhin gewirkt, einen erfolgreichen Übergang in eine Ausbildung zu erreichen. Dieser ist unabdingbar mit dem Besuch des Bildungsgangs verbunden, weil er eine notwendige Vorstufe zur Berufsausbildung darstellt. Seit dem Start von BFS-G-Plus im Februar 2016 werden aktuell in etwa 80 Klassen rund 1 500 junge Geflüchtete beschult. Die Jugendlichen in dem Kurs sind in der Regel hoch motiviert.

Eine gelingende berufliche Grundbildung kann für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer aber nur erreicht werden, wenn der Unterricht und das Lernklima nicht durch äußere Einflüsse gestört sind.

Der Landtag beschließt:

1. Der Landtag hält den Bildungsgang BFS-G-Plus für ein sinnvolles Instrument zur Vorbereitung von jungen Geflüchteten auf das deutsche Ausbildungssystem. Berufsvorbereitung, Fachunterricht sowie Vermittlung von bildungs- und fachsprachlichen Kenntnissen sowie Wissen über unser Gesellschaftssystem greifen sinnvoll ineinander. Der Landtag bittet daher die Landkreise und kreisfreien Städte sowie die Landesregierung, diese Prämissen in ihrem Verwaltungshandeln zu berücksichtigen.
2. Die Landesregierung wird aufgefordert, zusammen mit anderen Ländern eine Bundesratsinitiative mit dem Ziel der Ausweitung des § 60a Absatz 2 Satz 4 des Aufenthaltsgesetzes auf Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die einen vollzeitschulischen Bildungsgang mit dem Ziel des Erwerbs der Berufsbildungsreife besuchen, zu prüfen.“

Britta Stark
Die Präsidentin

Beschluss des Landtages Brandenburg

**30 Jahre nach der friedlichen Revolution:
SED-Unrechtsbereinigungsgesetze novellieren,
um die soziale Lage ehemals politisch Verfolgter
der SBZ/DDR zu verbessern**

Der Landtag Brandenburg hat in seiner 52. Sitzung am 16. November 2017 zum TOP 12 folgenden Beschluss gefasst:

„Angesichts der vielfach sozial prekären Lage vieler ehemals politisch Verfolgter der SBZ/DDR soll denjenigen wirksamer geholfen werden, die sich weiterhin verfolgungsbedingt in einer schwierigen wirtschaftlichen Situation befinden und bisher nicht oder ungenügend unterstützt werden. Das geltende Bundesrecht bedarf hierfür der Änderung.

Die Landesregierung wird aufgefordert, dieses Anliegen mittels einer entsprechenden Bundesratsinitiative zu unterstützen. Ziel muss es dabei sein,

- den Zugang zu monatlichen Unterstützungsleistungen insbesondere beim Renteneintritt zu verbessern und den Kreis der Berechtigten zu erweitern,
- die Beweiserleichterung bei der Anerkennung verfolgungsbedingter Gesundheitsschäden zu verbessern und
- die Frist für das Auslaufen der Rehabilitierungsgesetze aufzuheben.“

Britta Stark
Die Präsidentin